Fremdenblatt

15. III. 1916

Schweizer Nationalrat.

Die Neutralitätsdebatte.

K. **Bern**, 13. März. Im Nationalrat wurde die Debatte über die Neutralitätspolitik des Bundesrats und das Verhältnis zwischen der Zivil- und Militärgewalt fortgesetzt.

Der Vorsitzende, Nationalrat Eugster, mahnte zur Kürze und Sachlichkeit, da noch 24 Redner eingeschrieben seien.

Naine (Sozialist, Neuenburg) machte als erster Redner in längeren Ausführungen das System für die Obersten-Affäre verantwortlich. An Stelle des demokratischen Regimes sei in der Schweiz, nicht nur in der Armee, sondern im ganzen Staatsleben, ein anarchisches Regime getreten.

Ador (konservativ, Genf), Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, schildert die schwierige Lage der Schweiz inmitten der kriegführenden Staaten, die eine peinliche Einhaltung der Neutralitätsgrundsätze notwendig mache. Wir lehnen entschieden, fuhr der Redner fort, die Theorie des Obersten Sprecher ab, daß die Schweiz angesichts der Verletzung ihres neutralen Rechtes nicht so sklavisch sich an die Neutralitätspflichten zu halten habe. Es ist eine Tatsache, daß unsere Rechte nicht immer von den Kriegführenden geachtet werden. Wir dürfen aber den Kriegführenden als neutraler Staat auf diesem Wege nicht folgen. Redner schließt unter Beifall mit einem Appell an die Einigkeit zwischen deutsch und welsch.

Sigg (Zürich, Sozialdemokrat) begründete einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ablehnung und Mißbilligung der in Zürich von höheren Offizieren entwickelten Ansichten über die Neutralität. Der Bundesrat und der General sollten beauftragt werden, gegen die Offiziere, die in Verkennung der der Armee gesetzten Aufgaben versuchten, die äußere Politik des Landes zu beeinflussen, mit größter Entschiedenheit, nötigenfalls mit der Amtsentsetzung einzuschreiten. Im Laufe seiner Begründung sprach der Redner dem Bundesrat seine volle Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Das Ausland müsse aber wissen, daß die schweizerische Volksvertretung sich entschieden für die Grundsätze der Neutralität ausspreche und daß die Vorgänge im Generalstab von ihr entschieden mißbilligt werden. Die beiden Offiziere seien durch und durch ehrenwerte Männer, die im Interesse der Neutralität zu handeln glaubten, deren Handlungen aber darum nicht weniger scharf verurteilt werden müßten. Redner schloß mit dem Rat in den Bundesrat, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen, wofür ihm sämtliche Nationen im Grunde dankbar sein würden.

Im weiteren Verlaufe der Debatte besprach Bundesrat Motta die Mobilisationskosten, die mit den Ausgaben, welche mit dem Krieg im Zusammenhang stehen, bis Ende Februar 1916 auf 467 Millionen angewachsen seien. Bundesrat Motta verbreitete sich sodann über die Klagen der Tessiner bezüglich der Heerespolizei, die teilweise berechtigt seien und denen der Bundesrat durch Verfügungen Rechnung getragen habe. Bezüglich der Klage über die Präventivzensur erklärte Motta, daß die Armee niemals eine Präventivzensur ausgeübt habe. Der Bundesrat lehne eine solche ab, wie er es überhaupt ablehne, freie Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Wenn aber in den Zeitungen geschrieben werde, daß die Richter in Zürich Komödianten seien und daß der Bundesrat sich aus Diktatoren zusammensetze und korrumpiert sei, dann müsse der Bundesrat einschreiten, um sich nicht zum Mitschuldigen des verbrecherischen Treibens zu machen. Das ganze Mißverhältnis zwischen Militär und Zivil im Tessin sei auf das Mißtrauen zurückzuführen, das gewisse Militärkreise den Behörden und dem Volk im Tessin entgegenbrachten. Redner erörtert hierauf die Stellung des Bundesrates in der Obersten-Angelegenheit, wobei er den Standpunkt des Bundespräsidenten Decoppet und des Bundesrates Schultheß teilt. Er drückt sodann die Hoffnung aus, daß das schweizerische Parlament in diesem Augenblick nicht das Bild der Zerrissenheit gebe, sondern im Gegenteil sich einigen könne, im höheren Interesse des Landes. Die große Debatte im Rat, fährt Redner fort, war notwendig und hat abklärend und aufklärend gewirkt. Wir verlangen Vertrauen, nicht jenes fremde Gewächs des parlamentarischen Vertrauens, sondern ein Vertrauen von Bürger zu Bürger, von einem Landesteil zum anderen. Die Debatte hat die Notwendigkeit gezeigt, über die Sympathien zu den einzelnen Kriegführenden hinaus unsere Gefühle und Gedanken auf unser eigenes Land und unsere eigene Aufgabe zu richten. Wir sind unseren Nachkommen verantwortlich für das, was wir heute in kritischen Zeiten tun. Vier Grundsätze sind bei uns patriotische Notwendigkeit: die Aufrechterhaltung der Vollmachten für die Leitung des Landes durch die politischen Behörden, unbedingte Neutralität, Unparteilichkeit nach allen Seiten und vor allem die gemeinschaftliche Liebe zum Vaterland.